
Bundesregierung beschließt Gedenktag für Opfer terroristischer Gewalt

Bereits 2005 ist der 11. März von der EU als Gedenktag festgelegt worden, an dem der Opfer von Terrorismus erinnert wird. Anlass für die Einführung des europäischen Gedenktags waren die Bombenanschläge in Madrid am 11. März 2004, verübt von islamistischen Terroristen.

Der NIR sieht in diesem Gedenktag ein wichtiges Signal für die Opfer von Terrorismus und deren Angehörigen, die oftmals mit ihrem Schicksal alleingelassen werden. Der NIR ist der Auffassung, dass es viel zu oft um die Täter geht und die Opfer und deren Familien zu schnell ins Vergessen geraten. Das bestätigt auch die Innenministerin Nancy Faeser mit ihrer Aussage: "Wir wollen, dass das Schicksal der Opfer und ihrer Angehörigen uns allen in Staat und Gesellschaft bewusster ist", erklärte die Ministerin. "Wir wollen, dass die Opfer nie vergessen werden."

Gerade die Hinterbliebenen der Terroranschläge sind durch die schrecklichen Ereignisse traumatisiert und es sollte die Aufgabe von Polizei, Ermittlungsbehörden und staatlichen Institutionen sein, mit den Opferfamilien empathisch und würdevoll umzugehen. Das bedeutet, dass eine lückenlose und vollständige Aufklärung erfolgen und vor allem auf die kulturellen und religiösen Bedürfnisse, beispielsweise bei der Bestattung oder bei Begründung einer Obduktion, Rücksicht genommen werden muss.

Opferbeauftragter Kober berichtet dazu auch von seinen Erfahrungen, die er als Militärseelsorger mit traumatisierten Menschen gemacht hat. Deren Grundvertrauen sei fundamental erschüttert worden und es sei für viele Überlebende von Terroranschlägen und den Angehörigen der Getöteten extrem wichtig zu wissen, wie es zu dem Anschlag kommen konnte und was das Motiv des Täters war.

Deshalb unterstützt auch der NIR die Niedersächsische Justizministerin in ihrer Entscheidung, einen Landesbeauftragten für Opferschutz einzusetzen. Terroranschläge fallen zwar eigentlich in die Zuständigkeit des Bundes, jedoch ist der NIR ebenfalls der Auffassung, dass es richtig war, eine Opferschutzstelle auf Landesebene zu schaffen, damit umgehend auch ortsbezogen unmittelbare Hilfe den Opferfamilien angeboten werden kann.

Justizministerin Barbara Havliza: „Terroranschläge wie jener auf dem Berliner Breitscheidplatz im Jahr 2016 haben gezeigt, dass ein zentraler Ansprechpartner für die Opfer und Hinterbliebenen eine große Hilfe und Entlastung ist. Thomas Pfeleiderer wird den Betroffenen eine Stimme geben. Er wird sich stark dafür einsetzen, dass Betroffenen in Niedersachsen schnell und unbürokratisch geholfen wird.“

Das Festlegen eines Gedenktags der Opfer terroristischer Gewalt sowie die Schaffung von einem Bundesopferbeauftragten und einen Niedersächsischen Landesbeauftragten für Opferschutz der Opfer von Terrorismus und Extremismus haben ein wichtiges Zeichen für die Betroffenen gesetzt. Sie zeigen, dass die Opfer und die Angehörigen von terroristischen Anschlägen von der gesamten Gesellschaft wahrgenommen werden und man sie nicht vergessen wird.

Text: Vorstand des Niedersächsischen Integrationsrates

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung